

Vom Nutzen und Nachteil der Realpolitik

Der Prager Frühling und der Westen

Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis 2016

der Heinrich-August-und-Dörte-Winkler-Stiftung
in der Friedrich-Ebert-Stiftung



Der Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis 2016
der Heinrich-August-und-Dörte-Winkler-Stiftung
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

wurde verliehen an Birgit Hofmann
für ihre Dissertation **»Der ›Prager Frühling‹ und der Westen.
Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen
Krise um die Tschechoslowakei 1968«**

24. Februar 2016, in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Laudatio von Edgar Wolfrum

Podiumsdiskussion

»Vom Nutzen und Nachteil der Realpolitik«

mit Birgit Hofmann, Rolf Mützenich, Karsten D. Voigt und
Heinrich August Winkler, Moderation: Kiran Klaus Patel

Gesprächskreis Geschichte

Heft 107

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke und Meik Woyke
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: Eva.Vary@fes.de
<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

© 2017 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen
Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

Redaktion:
Peter Beule, Anja Kruke, Andrea Löcher, Stefan Müller, Eva Váry, Meik Woyke

Gestaltung und Satz, Umschlag:
PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Buxtehude

Bildnachweis:
Titelbild: dpa/picture-alliance
Bilder im Heft: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung/Jeske
Bild S. 48 oben: dpa/picture-alliance

Druck:
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-95861-730-8
ISSN 0941-6862

Inhalt

Kurt Beck

Begrüßung 4

Edgar Wolfrum

Laudatio 7

Podiumsdiskussion

»Vom Nutzen und Nachteil der Realpolitik« 17

Kurzbiografien der Diskussionsteilnehmer_innen 46

Bisherige Preisträger_innen 50

Kurt Beck

Begrüßung

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Gäste!

Gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Roland Schmidt begrüße ich Sie heute Abend herzlich zur 6. Verleihung des Hans-Rosenberg-Gedächtnispreises. Dieser Preis wird seit 2004 von der Heinrich-August-und-Dörte-Winkler-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung an junge Nachwuchshistoriker und -historikerinnen für herausragende Forschungsarbeiten verliehen. Wir freuen uns ganz besonders, die Stifter Frau Dr. Dörte Winkler und Herrn Prof. Dr. Heinrich August Winkler unter uns begrüßen zu können. Ich freue mich, dass wir in unserem Ziel der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eng zusammenarbeiten und den Dialog zwischen Geschichtswissenschaft und politischer Verantwortung lebendig halten.

Der Preis trägt den Namen des Historikers Hans Rosenberg, der den fächerübergreifenden Dialog zwischen Geschichte und den systematischen Sozialwissenschaften jahrzehntelang vorantrieb. In seiner Generation stand er damit lange Zeit nahezu allein. Hans Rosenberg war nicht nur ein kritischer, er war vor allem ein selbstkritischer Historiker. Wenn es hoch kam, ließ er gelten, dass er auf viele Historiker nachfolgender Generationen einen gewissen Einfluss ausgeübt habe. »Es ist nicht alles umsonst gewesen«: Das war das Positivste, was er sich über sein Werk zu sagen erlaubte. Aus heutiger Sicht lässt sich sagen, dass es doch etwas mehr war – Rosenberg ist in die Geschichte der deutschen Geschichtsschreibung als einer ihrer Erneuerer eingegangen.

Geboren am 26. Februar 1904 in Hannover und aufgewachsen in Köln, war für Hans Rosenberg als sogenannten Halbjuden eine akademische Laufbahn im nationalsozialistischen Deutschland nicht zu denken. 1935 emigrierte er über Kanada und Kuba in die USA, wo er über drei Jahrzehnte, zunächst in New York und dann im kalifornischen Berkeley, lehrte. Hans Rosenberg war auch in anderer Hinsicht ein Brückenschläger: nämlich im Sinne des intellektuellen Austauschs



Kurt Beck, MP a. D. und Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der Begrüßung

über den Atlantik hinweg. Als Gastprofessor im Nachkriegsdeutschland verhalf er jungen deutschen Historikern und Politikwissenschaftlern zu der Möglichkeit, Anschluss an den neuesten internationalen Forschungsstand zu gewinnen. Darüber hinaus förderte er das Interesse an der deutschen Geschichte in den USA. In diesem Kontext etablierte er viele Kontakte zwischen deutschen und amerikanischen Historikern, die noch über seinen Tod hinaus Bestand hatten. Der Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis soll an ihn erinnern und dazu beitragen, dass sein geistiges Vermächtnis lebendig bleibt.

In diesem Jahr wird Birgit Hofmann für ihre Arbeit über die Auswirkungen des »Prager Frühlings« und seiner Niederschlagung auf die deutsch-französischen Beziehungen ausgezeichnet. Die Autorin beleuchtet dabei die Perspektive außenstehender Akteure in internationalen Krisen, analysiert deren Involvierung und Handlungsspielräume und zeigt Stränge wechselseitiger Einflussnahme. Schließlich zeigt sie auf, dass die Frage nach dem Handeln des Westens gegenüber diktatorischen und autokratischen Regimen und deren Völkerrechtsverletzungen

auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aktuell ist. Frau Hofmann, ich darf Ihnen schon jetzt zu Ihrer Auszeichnung herzlich gratulieren!

Für die Laudatio haben wir Herrn Prof. Dr. Edgar Wolfrum gewinnen können, der als ausgewiesener Kenner der deutsch-französischen Beziehungen und der Frage von Demokratie und Diktatur im 20. Jahrhundert wie kaum jemand geeignet ist, über die Beziehungen Frankreichs und der Bundesrepublik in der internationalen Krise des Jahres 1968 zu sprechen. In der Podiumsdiskussion wird sodann der Bogen vom Prager Frühling zu den heutigen brennenden Fragen der Außenpolitik geschlagen – und das unter Beteiligung von Karsten D. Voigt und Rolf Mützenich als zweier ausgewiesener Experten der Außen- und Sicherheitspolitik. Ich danke für die Beteiligung auf diesem Podium, auch Professor Winkler für die aktive Mitwirkung daran, und freue mich, dass Prof. Dr. Kiran Klaus Patel uns durch diese Diskussion führen wird.

Ich wünsche uns allen einen spannenden und erkenntnisreichen Abend und übergebe nun das Wort an Professor Wolfrum.

Edgar Wolfrum*

Laudatio¹

Wenn wir West- und Mitteleuropäer an Prag denken, an die Tschechoslowakei, dann werden wir sentimental. Wir denken an die Prager Burg, an den Altstädter Markt, an die Karlsbrücke, an die Goldene Stadt der hundert Türme, an die älteste Universität Mitteleuropas, an Könige und Kaiser. Smetanas Symphonie »Die Moldau«, die den Lauf des Flusses Meter für Meter feiert und rondoartig das Hauptthema wiederholt, klingt uns rhythmisch im Ohr. Wir können Weltliteratur zitieren, Franz Kafka, »Das Schloss«, »Der Prozess«, »Die Verwandlung«. Es war ein Kosmopolitismus, eine Mischung aus Slawischem, Deutschem und Jüdischem, die in Prag blühte. Als Kafka 1924 starb, waren nur mehr fünf Prozent der Prager Bevölkerung von Geburt an deutschsprachig, die meisten von ihnen, wie Kafka, jüdisch. Knapp zwanzig Jahre später waren fast alle tot, Opfer der Judenvernichtung während der NS-Besatzung der Tschechoslowakei. Es waren also die Deutschen selbst, die endgültig die deutsche Sprache und Tradition in Prag eliminierten.

Und wenn wir deutsche Europäer über Prag sinnieren, dann tun wir es nie, ohne an das Münchner Abkommen von 1938 zu denken. Und vermutlich auch an die

* Edgar Wolfrum (Jg.1960), Prof. Dr., Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg. Studium in Freiburg im Breisgau und Salamanca, Promotion 1990, Habilitation 1999. 1991–1994 Referatsleiter für Geschichte bei der Volkswagen-Stiftung in Hannover, 1994–2000 Hochschulassistent an der FU Berlin. Stipendien des DAAD und der DFG, CNRS-Stipendiat in Paris, Vertretungs- und Gastprofessuren in Innsbruck und Mannheim. Zahlreiche wichtige Veröffentlichungen zu den Themen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen, Demokratie und Diktatur im 20. Jahrhundert, Friedens- und Konfliktforschung, deutsch-französische Beziehungen, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Europa, Nationalismusforschung sowie Mediengeschichte. Darunter: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006 (3. Aufl. 2007); Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001 (3. Aufl. 2007); Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München 2009 (2. Aufl. 2011); Die 101 wichtigsten Fragen: Bundesrepublik Deutschland 1949–2009, München 2009; Das Europäische Geschichtsbuch. Von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert, Stuttgart 2011; Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013; Welt im Zwiespalt. Eine andere Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2017.

1 Der folgende Text gibt die Laudatio Edgar Wolfrums in wörtlicher Rede wieder.

Beneš-Dekrete von 1945. Dann aber haben wir noch einmal Begriffe, die unser Herz positiv in Wallung versetzen: Der »Prager Frühling«, ein »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« – und, schließlich, 1989 – das Land der »samtenen Revolution«.

Im August 1968 herrschte blanke Verzweiflung. Es flossen Tränen und Blut. Mit der bis dahin größten Militäraktion in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg beendeten die Sowjetunion und ihre Verbündeten den hoffnungsvollen Aufbruch. Walter Ulbricht wollte seine NVA mit schwerem Gerät nach Prag einmarschieren lassen. Er musste sich vom ansonsten rücksichtslosen Kreml-Chef Breschnew historisch belehren lassen: Noch einmal deutsche Truppen in Prag, das gehe nun wirklich nicht. Njet.

Birgit Hofmann widmet sich in ihrer preiswürdigen Dissertation einem Untersuchungsgegenstand, zu dem jeder politisch Denkende eine Meinung hat, der aber noch zahlreiche Forschungslücken aufweist: der »Prager Frühling« 1968. Im Januar 1968, mitten im kalten Winter, begann dieser politische Frühling, als der slowakische Parteisekretär Alexander Dubček zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gewählt wurde. Er dachte nicht an Umsturz oder an einen Austritt aus dem Warschauer Pakt. Was da passieren würde, hatte die Ungarische Revolution von 1956 mit aller Deutlichkeit gelehrt. Allerdings wollte er Reformen, die auf eine umfassende Liberalisierung des Landes hinausliefen. Ein Sozialismus mit »menschlichem Antlitz« sollte es sein.

Trotz des vorsichtigen Vorgehens reagierte die Sowjetunion gereizt, weil sie befürchtete, das Beispiel könne im Ostblock Schule machen. So verschärfte Leonid Breschnew, seit 1964 Generalsekretär der KPdSU, den sowjetischen Führungsanspruch und machte unmissverständlich klar, dass die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes nur über eine eingeschränkte Souveränität verfügten und nicht vom sowjetischen sozialistischen Weg abweichen durften. Andernfalls behielt sich die Sowjetunion das Recht vor, einzugreifen. Dies ist seinerzeit im Westen als »Breschnew-Doktrin« bezeichnet worden.

Da sich die tschechoslowakische Führung nicht einschüchtern ließ, sondern an den Reformen festhielt und dabei Unterstützung aus der Bevölkerung erhielt, marschierten in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 Verbände des War-



Laudator Prof. Dr. Edgar Wolfrum, Universität Heidelberg

schauber Paktes in die Tschechoslowakei ein. Prag wurde von Luftlandtruppen eingenommen. Der Prager Frühling und die stark angewachsene Protestwelle der Bürgerinnen und Bürger der ČSSR wurden gewaltsam niedergeworfen. So verdeutlichte die Sowjetunion den Führungsanspruch im eigenen Machtbereich. Oppositionellen im gesamten Ostblock führte die Kremlriege vor Augen, dass keine Hoffnungen auf einen reformierten Sozialismus bestanden. Man sollte es also gar nicht erst versuchen.

Der Westen akzeptierte das militärische Vorgehen der Sowjetunion in ihrem Einflussbereich – so, wie er es zuvor 1953 und 1961 in der DDR und 1956 in Ungarn auch getan hatte. Dies verdeutlichte, dass man sich mit der Teilung der Welt, jedenfalls was Europa anbelangte, abgefunden hatte.

Wie jedoch dieses Akzeptieren des Westens sich ausbildete, wie es erklärbar wurde und welche Rolle dabei vor allem die beiden westeuropäischen Führungsmächte Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland spielten – dies ist bis-

lang noch nicht klar gesehen und erforscht worden. Hier setzt Birgit Hofmann mit ihrer eindrucksvollen Studie an.

Diese internationale Dimension des Prager Frühlings ist ein nahezu gänzlich unbeschriebenes Blatt. Eingebettet in politikwissenschaftliche Theoriegebäude zu internationalen Krisen und dem konstruktivistischen Ansatz verpflichtet, schlägt Birgit Hofmann den Begriff der »Referenzakteure« als Analyse-kategorie vor. Damit gemeint ist die Kennzeichnung von Akteuren, die in eine externe Krise involviert sind und innerhalb eines »Referenzsystems« agieren, welches einem »Krisensystem« gegenübersteht.

Was mir zugegebenermaßen zunächst als »Trockenschwimmen« theoretischer Kraulbewegungen einer Doktorarbeit vorkam, erweist sich im empirischen Säurebad als sehr erkenntnisfördernd. Und man denkt unweigerlich an heute. An die aktuellen Referenzakteure. Was tun sie, wie handeln sie? Sind sie untätig, passiv? Also: Die westlichen Staaten mit Blick auf Putins sowjetimperialen Zugriff auf die Ukraine. Der Westen mit Blick auf Syrien, wo wiederum Putins Luftwaffe Aleppo in eine Trümmerwüste verwandelt wie vormals Grosny.

Unter großem Aufwand hat Birgit Hofmann einen immensen Quellenkorpus zusammengetragen, der sie instand setzt, die erste aus den Quellen geschöpfte Darstellung des Themas zu liefern. Nach dem Untergang der kommunistischen Regimes in Osteuropa sind zahlreiche Archive der ehemaligen Ostblockstaaten zugänglich. Aber auch in westlichen Archiven findet sich Neues, weil die übliche Sperrfrist mittlerweile abgelaufen ist. Neben den veröffentlichten Quellen in den einschlägigen Sammlungen, etwa den Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland oder entsprechenden französischen Dokumenten, wertet Birgit Hofmann bislang unveröffentlichte Dokumente aus. Hinzu kommt eine reichhaltige Erinnerungsliteratur, auch tschechischer und slowakischer Provenienz. So entstand eine empirisch gesättigte, ja, man kann es zu Recht sagen: »Pionierstudie«.

Es geht Birgit Hofmann ganz grundsätzlich darum, zu zeigen, wie Demokratien mit Diktaturen umgehen. Es geht um Wandel, Kontinuitäten, um Übergänge. Nichts bleibt wie es war. Groß und Klein, Macht und Ohnmacht, alles ist ewigem Wandel unterworfen. Und wieder werde ich als Europäer sentimental.

Bert Brecht, Das Lied von der Moldau:

Am Grunde der Moldau wandern die Steine

Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.

Das Große bleibt nicht groß und klein nicht das Kleine.

Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne

Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.

Und gehen sie einher auch wie blutige Hähne

Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.

Am Grund der Moldau, da wandern die Steine

Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.

Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.

Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Der Historiker, der gerne Gedichte schreiben möchte, es aber nicht kann, spricht nüchtern von Kontinuitäten und Wandel. Birgit Hofmann stellt heraus, wie sich die Konzepte einer neuen Ostpolitik anbahnten und den Ost-West-Konflikt veränderten. Und welche deutsch-französischen Spannungen sich ergaben: einmal natürlich aufgrund Charles de Gaulles europäischer Alleingänge, zum anderen aufgrund des deutsch-deutschen Sonderverhältnisses, des Wiedervereinigungs-postulats des Grundgesetzes sowie schließlich des Problems der Oder-Neiße-Grenze. Zutreffend ist, dass sich die »Ostpolitiken« aufeinander bezogen, jedoch unterschieden sich die Bundesrepublik und Frankreich massiv darin, was den »dritten westlichen Partner«, die USA, anbelangte.

Die Krise in der Tschechoslowakei und die Reaktion des Westens auf den Prager Frühling werden von Birgit Hofmann multiperspektivisch herausgearbeitet. Dabei geht sie zunächst sehr eingehend auf die Reformregierung ein, dann beleuchtet sie jeweils die französische und westdeutsche Sicht auf die Ereignisse. Während Frankreich auf den ersten Blick freier in seiner Einschätzung war, wirkte in westdeutscher Sicht das vergangenheitspolitische Schreckbild des Münchner Abkommens von 1938 nach, was Handlungen in die eine oder andere Richtung

lähmte. Eine Politik der Nichteinmischung war das Ergebnis. Aber auch Frankreich war gelähmt, denn die Wirkungen der Studentenunruhen waren ungleich härter als in der Bundesrepublik und de Gaulle sah sich einer veritablen Staatskrise gegenüber, die jedweden außenpolitischen Handlungsspielraum einschränkte.

Ein Drama vollzieht sich vor unseren Augen. Wie sollte der Westen auf die Invasion der Warschauer-Pakt-Truppen reagieren? In der UNO scheiterte eine Resolution gegen die sowjetische Aggression. Die USA legten sich früh auf ein Nichteingreifen fest – so wie sie es bei allen Aufständen im Ostblock seit dem Volksaufstand des 17. Juni 1953 stets getan hatten. Nun jedoch kam nicht einmal mehr verbale Unterstützung aus Washington. Frankreich erschien paralysiert, die de gaulleschen Prämissen eines »Europas vom Atlantik bis an den Ural« hallten nur müde nach. Die bundesdeutschen Akteure wollten die neue Ostpolitik retten, verurteilten den völkerrechtswidrigen Akt, setzten jedoch auf eine weitere »Friedenspolitik« – und sei es auf den Gräbern der Aufständischen. Es war eine Katastrophe. Es war ein Lehrstück vom Nutzen und Nachteil der Realpolitik.

Besonders intensiv arbeitet Birgit Hofmann heraus, wie sich die westlichen Positionen gegenseitig beeinflussten und dennoch nationale Unterschiede erhalten blieben. Neue Regierungen im Westen – Willy Brandt in der Bundesrepublik, Georges Pompidou in Frankreich. Ergebnis: Sprachlosigkeit. Oder, wenn man sprach, gegenseitige Vorwürfe. Dies gipfelte darin, dass der scheidende französische Präsident de Gaulle der westdeutschen Regierung eine Mitschuld an der Invasion der Sowjetunion gab und als »Revanche« mit einer Anerkennung der DDR drohte. Doch de Gaulles Zeit war bereits abgelaufen.

Auffallend ist, wie wenig Nachhall der Prager Frühling überhaupt im Westen hatte, wie rasch wieder zur Tagesordnung übergegangen wurde. Ein Skandal? Ist es heute anders? Der Westen war 1968 mehr mit der Zähmung seiner rebellischen Jugend befasst. Und im Oktober standen die 19. Olympischen Sommerspiele in Mexiko an. Wen kümmerte da Prag? Die Jugend der Welt? Die feierte lieber bekifft das Rockfestival in Woodstock, genau ein Jahr nach der Niederschlagung des Prager Frühlings.

Und trotzdem entstand viele Jahre später doch so etwas wie ein »europäischer Erinnerungsort« Prager Frühling. Man erinnerte sich, wie Jean Paul Sartre geschwärmt hatte: »Die Tschechoslowakei hätte die erste Macht des Übergangs von einer Wirtschaft im Stadium des fortgeschrittenen Kapitalismus zu einer sozialistischen Wirtschaftsform und eben dadurch dem Proletariat der westlichen Länder, wenn nicht ein Modell, so zumindest einen realen Begriff seiner revolutionären Zukunft vor Augen führen können.«

Birgit Hofmann legt, wie es sich gehört, den Finger in die Wunde: Dieser Erinnerungsort ist äußerst defizitär. Denn was im Westen erinnert wird, entspricht nicht der Vielfältigkeit der Ereignisse und dient im Wesentlichen dazu, entweder den Marxismus zu ehren, wie bei Sartre, oder Verbrechen des Kommunismus anzuprangern. Was hingegen im Osten erinnert wird, schwankt zwischen Mythisierung auf der einen Seite und »Verräterzählung« auf der anderen. Ob »Prag 1968« ein gesamteuropäischer Erinnerungsort werden kann, scheint daher durchaus zweifelhaft.

Birgit Hofmann hat mit ihrer sehr verdienstvollen Studie Neuland betreten und darf sich hernach zum Kreis der besten Kenner der Krise um den Prager Frühling, nicht allein innerhalb der deutschen Zeitgeschichte, zählen. Es handelt sich um eine ungemein quellengesättigte Arbeit, die nicht nur tief und vorzüglich in die Materie eindringt und erstmals auch bislang unveröffentlichte Akten erschließt, sondern an diesem Beispiel die Bruchlinien und Blockaden der internationalen Politik aufzuzeigen vermag. Die Studie ist transnational angelegt, und zwar über die damaligen Blockgrenzen hinweg – dies kann nicht genug betont werden. Interpretation und Analyse sind Birgit Hofmann ausgezeichnet gelungen. Die Stringenz in der Argumentation sowie die Einbettung eigener Erkenntnisse in den aktuellen Forschungsstand sind außergewöhnlich.

Birgit Hofmann gelingt es in bemerkenswerter Art und Weise, das eingeschlagene hohe Niveau ihrer Darstellung von der ersten bis zur letzten Seite zu halten. Erstmals werden bis in kleinste Verästelungen hinein deutsche und französische (sowie daneben auch amerikanische) Reaktionen auf die Revolution in Prag untersucht; neue Quellen werden erschlossen und souverän ausgewertet. Darüber hinaus wird, wie bereits erwähnt, das innovative theoretische Konzept der »Referenzakteure« in den internationalen Krisen entfaltet und empirisch erprobt. Die



Preisträgerin Dr. Birgit Hofmann mit Stifter Prof. Dr. Heinrich August Winkler und Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Untersuchung widmet sich zuvörderst also Akteuren, die lediglich potenziell, nicht jedoch direkt Teil der Krise waren. Diese theoretische Perspektive dürfte die Forschungen zu den internationalen Beziehungen auf lange Sicht hin befruchten. Und: Die Studie ist unglaublich gut geschrieben. Man merkt, liebe Frau Hofmann, dass Sie auch schon Romane verfasst haben!

War das Verhalten des Westens gegenüber dem Prager Frühling, wie es der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern einmal betrübt und anklagend sagte, »ein Verrat des Westens«? Wo blieben seine normativen Grundsätze, wenn nicht auf der Strecke? Und heutzutage herrscht im Westen zumeist die Sicht vor: Der Prager Frühling sei eine romantische, von vornherein zum Scheitern verurteilte Nachgeburt eines Zeitalters politischer Utopien gewesen. Birgit Hofmann bezweifelt diese Sicht, sehr zu Recht, wie ich meine. Zeitgenössisch gesehen war der Westen vielfach involviert, nicht so sehr als Akteur, der eingreifen konnte, sondern als Projektionsfläche des Ostblocks.

Kein Staat des Westens wirkte auf eine konsequente Verurteilung der Sowjetunion hin. Was das Verhältnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland anbelangte, so fällt Birgit Hofmann das Urteil: Entfremdung durch den Prager Frühling. Und die USA? Hier urteilt Birgit Hofmann mit guten Argumenten: völlige Unsicherheit in der Einschätzung. Der Prager Frühling wird also nicht nur als Wendepunkt in der Geschichte des Kommunismus beschrieben, sondern genauso werden die Auswirkungen auf den Westen reflektiert. Dazu gehört, dass deutlich wurde: Die USA waren nicht mehr in gleichem Maße Schutzmacht Europas wie noch in den 1950er-Jahren.

Was lernen wir aus der Geschichte? Was lernen wir aus der Geschichte für unsere Zeit? Frage: »Greift der Westen ein?« Macht er überhaupt etwas oder ist er schwach, müde, erschöpft geworden? Ist alles egal und gleichgültig, was die Menschen in langen Kämpfen erfochten haben: Brüderlichkeit, Schwesterlichkeit, Recht und Freiheit? Die Würde des Menschen ist unantastbar, heißt es in unserem famosen Grundgesetz. Ja und, was folgt daraus in der Praxis? Wie gehen wir mit Diktaturen und autoritären Regimen um? Wie halten wir, wie hält es der Westen mit den Menschenrechten? Ist er bereit, für seine Normen einzustehen? Und wenn ja, wie? Alles Fragen, die einem durch den Kopf sausen, wenn man Birgit Hoffmans brillantes Buch liest.

Am Ende, liebe Frau Hofmann, noch eine persönliche Bemerkung, eine Art Geständnis. Vielleicht wissen Sie, dass ich ein großer Fan der Beatles war. So schaute ich, was die Beatles 1968, im Jahr des Prager Frühlings, geschrieben und gesungen haben. Und siehe da, ihr Gassenhauer damals war ausgerechnet: »Back in the USSR«. Zurück in der UdSSR. Darin heißt es:

»Nun, die Ukraine-Bienen warfen mich vom Hocker.

Den Westen lassen sie weit hinter sich

Und Moskau-Mädchen ließen mich laut schreien.

Georgien werde ich nie vergessen

Ihr ahnt nicht, wie gut ihrs habt Jungs

Daheim in der UdSSR.«

Und nun das Geständnis: Ich finde diesen Text im Jahr des Prager Frühlings schrecklich, ja total doof. Das geht überhaupt nicht, liebe Beatles. Deshalb stellte ich mir die Frage: Was hat die Konkurrenz geschrieben? Die Rolling Stones? Tja, seht her: Die Stones schrieben 1968 »Street Fighting Man«, »Straßenkämpfer«. Das Lied beginnt mit einem Riff auf der akustischen Gitarre, dann donnernder Offbeat und Mick Jagger brüllt den »Street Fighting Man« heraus. Was war gemeint? Der Vietnamkrieg? Die Studentenrevolte? Der Prager Frühling? Alle Interpretationen sind möglich. Immerhin.

Glückwunsch, liebe Frau Hofmann, zu ihrer wunderbaren Arbeit und auch danke dafür, dass Sie mir dieses persönliche Rolling-Stones-Erlebnis beschert haben. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Podiumsdiskussion

»Vom Nutzen und Nachteil der Realpolitik«

Teilnehmer_innen: Birgit Hofmann, Rolf Mützenich,
Karsten D. Voigt, Heinrich August Winkler,
Moderation: Kiran Klaus Patel

Begriff »Realpolitik«

Patel:

Meine Damen und Herren, wir möchten heute mit Ihnen über den Nutzen und Nachteil der Realpolitik diskutieren. Dabei möchten wir mit einem historischen Durchgang beginnen, der uns relativ schnell in die Gegenwart führen soll. Dennoch ist es wichtig, mit begrifflichen Klärungen einzusteigen – vor allem in Bezug auf die Frage, was Realpolitik, die so prominent im Titel dieser Veranstaltung auftaucht, eigentlich bedeutet. Wo hat der Begriff seinen Ursprung? Welche Geschichte hat er? Was bedeutet er für uns heute? Man muss sich vor Augen halten, dass »Realpolitik« international einen Siegeszug angetreten hat; dass sich dieser deutsche Begriff im Französischen, im Italienischen, im Englischen findet, übrigens auch im Russischen und Ukrainischen, wie ich festgestellt habe. Die Frage ist nun: Was sind die Gründe für diesen Siegeslauf? Warum haben andere Sprachen nicht ihren eigenen Begriff geprägt? Herr Winkler, könnten Sie uns bitte einen Einblick in die Begriffsgeschichte und Relevanz dieses Begriffs geben?

Winkler:

Die Uraufführung des Begriffs fand statt im Jahre 1853, in Form des Titels einer zunächst anonym erschienenen Schrift. Ich habe mir den Titel notiert, weil die Frage nicht ganz zufällig gestellt worden ist. »Grundsätze der Realpolitik angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands.« Der Verfasser war ein ehemaliger Burschenschaftler, Teilnehmer des Frankfurter Wachensturms, ein demokratischer 48er, August Ludwig von Rochau. Es ist nicht ganz sicher, ob er selbst den Begriff geprägt hat oder ob sein Verleger auf der Suche nach einem



V. l. n. r.: Karsten D. Voigt, Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Prof. Dr. Kiran Klaus Patel, Dr. Birgit Hofmann und Dr. Rolf Mützenich auf dem Podium

schlagkräftigen Titel erst auf diesen Gedanken gekommen ist oder vielleicht ein begabter Lektor. Wie auch immer, Rochau, ein enttäuschter Liberaler, versucht in dieser Broschüre so etwas wie liberale Selbstkritik nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 zu üben. In vieler Hinsicht ist das eine Schrift, die merkwürdig gut in eine Welt des Umbruchs passt, in die Zeit des Übergangs vom Idealismus zum Realismus, Positivismus, Materialismus. Die beiden Sätze in dieser Schrift lauten: »Herrschen heißt Macht üben, und Macht üben kann nur der, welcher Herrschaft besitzt. Der unmittelbare Zusammenhang von Macht und Herrschaft bildet die Grundwahrheit aller Politik und den Schlüssel der ganzen Geschichte.« Das ist die Quintessenz. Die Karriere des Begriffs hängt wohl damit zusammen, dass es ein Bedürfnis gab an einer nachidealistischen Definition von Politik. Besonders groß war wohl der Bedarf in Deutschland, aber die Karriere dieses Exportartikels *Realpolitik* zeigt, dass dies eben nicht nur in Deutschland so war. In Deutschland sind der Begriff und die Interpretation, die Rochau ihm gegeben hat, außerordentlich folgenreich gewesen. Zu seinen

Schülern gehört Heinrich von Treitschke, der das Konzept dann noch vergrößert hat, im Sinne einer rein auf die Macht bezogenen Interpretation von Geschichte und Politik bis hin zur Verherrlichung des Kriegs als Examen Rigorosum der Völker. Der Begriff ist nicht zuletzt auch durch deutsche Emigranten nach 1933 in den Vereinigten Staaten populär geworden. Ich nenne etwa Hans Morgenthau und Henry Kissinger. Wie immer es um die Rochau-Studien von Kissinger bestellt gewesen sein mag, jedenfalls wurde der Begriff übernommen und vielfach auch mit dem kritischen Unterton: Fehlt da nicht etwas? Ist Politik wirklich nur die Ausübung von Macht? Was bei Rochau ganz markant hervortritt, ist die Unterschätzung von Ideen, der Kraft von Ideen. Marx war da weiter mit der Bemerkung, dass Ideen zur materiellen Gewalt werden können, sobald sie die Massen ergreifen, aber Rochau blendet als selbstkritischer oder vermeintlich selbstkritischer Liberaler das ideale Moment völlig aus. Die immateriellen Interessen treten hinter den materiellen Interessen zurück, die langfristigen Interessen treten zurück hinter den kurzfristigen Interessen. Es gibt also auch schon unter den Zeitgenossen viele, die sich fragten, ob das nicht ein verkürztes Verständnis von Realität ist. Aber damit sind wir mitten in der Debatte über die weitere Entwicklung dessen, was man mit dem Begriff »Realpolitik« bezeichnet.

Handlungsalternativen des »Westens«?

Patel:

Wir sehen also, dass der Begriff komplizierter ist, als man oft annimmt. Außerdem hat er eine interessante gesamteuropäische und transatlantisch-globale Geschichte und Perspektive. Lassen Sie uns auf dieser Basis direkt in die Debatte über das Buch von Frau Hofmann einsteigen, das uns bereits präsentiert wurde. Konkret stellt sich die Frage, wie man die Politik der Bundesrepublik und Frankreichs im Zusammenhang mit der Niederschlagung des Prager Frühlings zu verstehen hat. Sie, Frau Hofmann, entfalten in Ihrem Buch ein breites historisches Panorama von Akteuren und Prozessen; diese Frage steht jedoch im Zentrum Ihres Buches. Eine provokante These Ihrer Arbeit lautet, dass die Passivität des Westens zur Stabilisierung des Ostblocks beigetragen habe. Edgar Wolfram hat in diesem Zusammenhang bereits Fritz Sterns Wort vom Verrat des Westens zitiert. Ich möchte Sie nun fragen: Was wären denn die Handlungsoptionen und



Prof. Dr. Kiran Klaus Patel, Universität Maastricht

Alternativen für die Bundesregierung und die Führung in Frankreich gewesen? Was wäre denn grundsätzlich *nicht* möglich gewesen; was wiederum war möglich – wenn man mit Bismarck die Politik als die Kunst des Möglichen versteht?

Hofmann:

Ja gerne. Willy Brandt hat einmal dem Sinne nach gesagt, man sei in der Sache des Prager Frühlings hart bis an die Grenze gegangen aus politisch-moralischer Sicht. Also den Verantwortlichen damals war sehr wohl bewusst, dass man sozusagen eine Art Realpolitik verfolgen musste, natürlich aus einer Angst vor einer nuklearen Auseinandersetzung, aber dass es noch einen moralischen, ideengeschichtlichen Hintergrund gab, der einen eigentlich dazu hätte bewegen müssen, auf eine andere Art zu reagieren. Jetzt ist natürlich die Frage, was hätte die andere Art von Reaktion sein können. Ich denke, es geht nicht nur immer um militärische Interventionen, hier war natürlich klar, dass das ein Problem war. Aber es gibt ja auch einen vielfältigen diplomatischen Druck, den man im Vor-

feld ausüben kann; wenn man etwa an Polen 1980/81 denkt, als die US-Regierung deutlicher Druck ausgeübt hat. Es gibt ferner ein Instrumentarium des Kontakteinfrierens und der Sanktionen, das ist alles jedoch sehr spärlich angewandt worden. Natürlich gab es eine erste deutliche Verurteilung des Eingreifens der Sowjetunion als völkerrechtswidrigen Akt vonseiten der Bundesrepublik. Auch de Gaulle hat es sehr deutlich verurteilt, um dann aber wenig später die Anweisung zu gegeben, dass man nun die Kontakte zur Sowjetunion wieder vertiefen könnte. Und natürlich ist das Ende des Prager Frühlings zeitlich sehr dicht an den Erfolgen der Ostpolitik. Man kann natürlich sagen, dass diese Ostpolitik auf der Konsolidierung der Blöcke beruhte, also die Realpolitik in dem Sinne dann Folgen zeitigte, die auch vielleicht eine idealistischere Politik ermöglichten – also ein Paradoxon und eine ambivalente Situation.

Patel:

Die Erfolge der Ostpolitik haben also manches, was an der Position des Westens problematisch war, überlagert und schnell in Vergessenheit geraten lassen. Herr Voigt, das Instrument der Sanktionen wurde bereits erwähnt. Darf ich Sie fragen: Wäre das aus Ihrer Perspektive damals ein gangbarer Weg gewesen? Die sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hatten bereits zuvor Sanktionen gegenüber Drittstaaten verhängt, zum Beispiel gegenüber Rhodesien in den Mittsechzigerjahren, damals aber stark in einzelstaatlicher Regie. Zu einem wirklich gemeinsamen Instrument der EWG-Staaten wurden Sanktionen erst in den 1980er-Jahren, etwa gegenüber Polen und Argentinien. Wäre das bereits Ende der 1960er-Jahre eine Option gewesen? Oder wo würden Sie im Rückblick verpasste Chancen und Möglichkeiten sehen? Was also hätte man damals anders machen können?

Voigt:

Sanktionen wären moralisch begründbar. Sie wären ein glaubwürdiger Ausdruck der eigenen moralischen Haltung. Wenn sie aber das Verhalten der Sowjets nicht veränderten – und das war meine Analyse – muss man sich fragen, ob sie auch ein moralisches Ergebnis bewirkt hätten. Dies habe ich damals bezweifelt. Und deshalb lässt sich der Verzicht auf Sanktionen auch moralisch begründen.

Ich habe damals von dem Geschäftsführer der FES eine größere Summe Geldes erhalten. Nach der Herkunft des Geldes habe ich nicht gefragt. Dieses Geld habe ich dem Tschechen Milan Horáček gegeben. Es sollte der Finanzierung der Oppositionszeitung *Listi* dienen. Diese Zeitschrift wurde auf Tschechisch gedruckt und illegal innerhalb der Tschechoslowakei vertrieben. Auch in den späteren Jahren habe ich mit dazu beigetragen, dass Aktivitäten der Opposition in der ČSSR finanziert wurden. Ich habe also als SPD-Politiker an Aktivitäten mitgewirkt, bei denen man damals nicht erwischt werden wollte.

Ich erinnere mich daran, dass im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Sowjets nach Afghanistan ein BND-Vertreter einen Vortrag vor dem Auswärtigen Ausschuss hielt. In diesem Vortrag erwähnte er, dass die Truppen des Warschauer Pakts 1968 so in die Tschechoslowakei einmarschiert seien, dass sie die offene Flanke gegenüber dem Westen gezeigt hätten. Auf diese Weise hätten sie signalisiert, dass sie keine Angriffsabsichten gegenüber dem Westen hätten. Das heißt: Die Sowjetunion hat damals in ihrem militärischen Vorgehen deutlich gemacht, dass es ihr um die Absicherung ihres Macht-Bereiches ging und nicht um eine offensive Absicht gegenüber den Amerikanern. Ich vermute, dass die Amerikaner das zur Kenntnis genommen haben, und dass das ihr Verhalten teilweise erklärt.

Es gab ähnliche Ereignisse, bei denen – trotz aller Gegensätze – die Sowjetunion und die USA miteinander kooperierten: In Frankfurt gab es eine sowjetische Militäradministration. Dort haben wir am 21. August für den demokratischen Sozialismus in der ČSSR demonstriert. Die Sowjets lehnten einen Schutz durch die deutsche Polizei ab. Sie drohten mit dem Gebrauch von Schusswaffen. Den Schutz der Militärmission übernahmen schließlich amerikanische GIs.

Das hat mich auch tief geprägt: Trotz des Ost-West-Gegensatzes gab es ein Interesse der USA und der Sowjetunion gegenüber den Deutschen dafür zu sorgen, dass ihre große Politik nicht durch Aktionen der kleineren Verbündeten gefährdet wurde. Das mag eine moralisch problematische Politik sein. Aber es ist moralisch vertretbar, dass man als deutscher Außenpolitiker auf die Kräfteverhältnisse als Rahmenbedingung für die eigene Außenpolitik Rücksicht nimmt.

Ich würde mich in der Außenpolitik als analytischen Realisten, aber als intentionalen Kantianer bezeichnen. Und zwischen Sein und Sollen, das hat ja Kant

schon selber festgestellt, gibt es ein Spannungsverhältnis. Wie man dieses Spannungsverhältnis durch politisches Handeln im Einzelfall auflöst oder wie man die Spannung erträgt, das ist von der jeweiligen Situation und den Kräfteverhältnissen abhängig, und wird natürlich auch von der Persönlichkeit und deren Überzeugungen geprägt.

Der politische Spielraum der Akteure

Patel:

Das zeigt nochmals die Komplexität der Situation und wie schwierig es damals war, abzuwägen. Herr Mützenich, darf ich Sie nach dem Verhältnis fragen zwischen diesen symbolischen Handlungen im politischen Alltag und dem Versuch, auch subkutan Einfluss zu nehmen? Sind diese Lehren weiterhin präsent? Wird gegenwärtig noch gelegentlich auf den Prager Frühling verwiesen? Welche Rolle spielen diese Instrumente im politischen Handeln heute? Wie gestaltete sich der Spielraum für die politischen Akteure, nicht zuletzt, wenn man die gänzlich andere Rolle bedenkt, welche die Öffentlichkeit und die Medien heute spielen?

Mützenich:

Ich kann nicht sagen, dass der Prager Frühling in irgendeiner Form bei den Diskussionen, zumindest an denen ich teilgenommen habe, überhaupt als Referenzgröße benutzt worden ist, um möglicherweise adäquate Antworten zu finden. Dennoch, so glaube ich, schwingen solche Dinge immer wieder mit, ob das jetzt der Prager Frühling ist oder andere wichtige internationale Ereignisse. Bezüge sind also da, aber ich finde, es ist notwendig, jede einzelne Situation so zu beleuchten, dass sich daraus spezifische Antworten ergeben. Ich muss zugeben, die Ereignisse sind – ich bin 1959 geboren – nicht in meiner unmittelbaren Erinnerung, dafür aber natürlich bestimmte Dinge, die ich nachgelesen habe und die mich auch politisch sozialisiert haben. Ich muss auch hier bekennen und würde das auch an anderer Stelle offen tun: Natürlich möchte ich mit den Demonstranten auf dem Majdan mitfiebern und auch versuchen, ihre Wünsche mit zu erfüllen, die für Umbrüche oder auch für Reformen stehen. Und ich habe mich auch in den letzten Tagen dabei erwischt, dass ich denke, wie müssen sich diejenigen auf dem Majdan – auch wenn der eine oder andere ihnen bestimmte Dinge un-

terstellt – jetzt fühlen in einer Situation, wo sich dieses in weiten Teilen korrupte System offensichtlich doch so konsolidiert hat, dass bestimmte Entwicklungen, die ich mir auch weiterhin wünsche, nicht umgesetzt werden können. Und um noch einmal zum Begriff der Realpolitik zurückzukommen: Ich finde ihn auch nicht immer negativ besetzt. Ich muss mich als Außenpolitiker natürlich auch an den Realitäten orientieren und mit Personen umgehen, die ich privat nicht unbedingt gerne treffen möchte, an deren Stelle ich mir andere wünschen würde, aber mit denen ich dann doch letztlich umgehen und nach Lösungen Ausschau halten muss.

Patel:

Das verweist noch einmal auf das grundsätzliche Problem politischer Handlungsspielräume. Herr Voigt, Sie hatten schon auf die Rolle der Supermächte verwiesen und darauf, dass immer die Frage im Raum stand, ob sich die Supermächte über die Köpfe ihrer »Hintersassen«, wie Sie es ausgedrückt haben, einigen würden. Herr Winkler, wie stellte sich das aus der Perspektive der Bundesrepublik und Frankreichs vor dem Hintergrund der Entspannung dar? Wo in der Gleichung standen die USA für die westdeutsche und die französische Regierung? Und: Erklären sich manche der Dynamiken, die in der Entscheidungsfindung in Paris und in Bonn eine Rolle spielten, primär aus globalen Konstellationen und der Rolle der beiden Supermächte?

Winkler:

Zunächst einmal vielleicht noch ganz kurz in Anknüpfung an den Beitrag von Karsten Voigt: Auch in Berlin fand am 21. August 1968 eine Demonstration statt, in West-Berlin wohlgermerkt. Der Republikanische Club, in dem der SDS den Ton angab, rief zu einer Demonstration auf vor der tschechoslowakischen Militärmission in Dahlem. Wer demonstrieren wollte gegen die sowjetische Intervention, gegen das Eingreifen der Warschauer-Pakt-Staaten, der konnte nur dort hingehen. Ich war auch dort und habe damals aus Protest mit den anderen, die den Text noch so in etwa kannten, öffentlich die Internationale gesungen. Ich weiß nicht, wie weit die Adressaten das wahrgenommen haben. Die Wirkung war nicht sehr groß, aber was die westlichen Reaktionen angeht, kann man querebeet für die



V.l.n.r.: Karsten D. Voigt, Prof. Dr. Heinrich August Winkler und Prof. Dr. Kiran Klaus Patel auf dem Podium

Bundesrepublik wie für Frankreich und wie für die USA sagen: Man hat relativ rasch begriffen, dass die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten eine höchst unerfreuliche, aber auch nicht völlig überraschende Reaktion im Rahmen des Jalta-Systems war. Und so wenig wie nach der Ungarischen Revolution von 1956 war 1968 an ein militärisches Eingreifen oder auch nur an ernsthafte Sanktionen zu denken, solange nicht der Rubikon überschritten wurde, solange nicht der Status quo ernsthaft infrage gestellt wurde. De Gaulle hat wahrscheinlich früher als die bundesdeutschen Akteure auf eher nationale Emanzipationstendenzen à la Ceausescu in Rumänien gesetzt als auf reformkommunistische Bestrebungen à la Dubček. Im Zweifelsfall war ihm wahrscheinlich Ceausescu eher ein Bruder im Geiste als Dubček. Und bei den USA: Ratlosigkeit, glaube ich, ist die völlig richtige Kennzeichnung für die Situation, Frau Hofmann. Das war ähnlich wie nach dem Mauerbau, unerfreulich, aber hinnehmbar, man muss auf der Basis der Tatsachen Politik machen. Es gibt eine sehr interessante Beobachtung von Timothy Garton Ash, die Normalisierung à la Husák sei in gewisser Weise die

Voraussetzung für die Normalisierung à la Willy Brandt gewesen. Was meinte er damit? Er wollte sagen und führte das auch aus, dass es für die Sowjetunion wichtig war, im Westen eine Stabilisierung der Verhältnisse zu erreichen, um zweierlei anschließend machen zu können: Einmal nach Osten hin sich zu konzentrieren auf den Konflikt mit der Volksrepublik China; wenige Monate später fanden die Gefechte am Ussuri statt und die warfen ihren Schatten voraus. Zum andern aber, um eine Entspannung à la Breschnew betreiben zu können mit dem Angebot einer Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dieses Angebot kommt wenige Monate, sagen wir ein halbes Jahr, nach dem Prager Frühling und ist damit ein Thema der außenpolitischen Agenda. Eine Entspannungspolitik aus sowjetischer Sicht setzte voraus, dass zumindest die Existenz der DDR auch vonseiten der Bundesrepublik respektiert wird, wobei das schon eine Rückzugsposition war. Anerkennung der Existenz ist etwas anderes als völkerrechtliche Anerkennung. Da beginnt sozusagen eine sowjetische Variante von Realpolitik unter der Vorgabe eines Interesses, den Status quo festzuschreiben und ein Arrangement mit dem Westen genau in dieser Hinsicht zu erreichen. Also: Der Prager Frühling ist, so traurig das klingt, tatsächlich in gewisser Weise auch die Vorbedingung dafür, dass ab 1969 die sozial-liberale Koalition mit der ersten Phase der Ostpolitik auf nationaler Ebene beginnen konnte. Die Vorspiele hatten in Berlin stattgefunden mit dem Passierscheinabkommen. Aber ab 1969 gab es eine Politik nach dem von Egon Bahr im Juli 1963 geprägten Motto »Wandel durch Annäherung«, was im Grunde genommen nur eine Fortschreibung des Konzepts von John F. Kennedy war, der in seiner Rede vom 10. Juni 1963 vor der American University die *Strategy of Peace*, die Strategie des Friedens, entwickelt hatte, mit dem Grundmotto: Wenn wir unsere Differenzen zurzeit auch nicht überwinden können, müssen wir zumindest versuchen, die Welt reif zu machen für die Anerkennung der Differenzen. Oder wie er in bewusster Anspielung auf die Parole von Woodrow Wilson »to make the world safe for democracy« formulierte: To make the world safe for diversity. Das ist der Ansatz, den Egon Bahr aufgreift. Also die erste Phase der Ostpolitik ist ohne das tragische Jahr 1968, ohne die Frontbegrädigung im Sinne von Breschnew, schwerlich zu denken. Und ich glaube, man kann sagen, das ist in der Tat ein realpolitisches Konzept, das durchaus auch eine normative Dimension hat, den Wandel. Was wir in der Diskussion vielleicht auch als Thema aufgreifen müssten, wäre die

Frage: Ist das immer so geblieben oder gab es nicht in der zweiten Phase der Ostpolitik in den 1980er-Jahren eine Politik der Annäherung ohne Wandel, eine Art von Stabilitätsfetischismus, wo Bürgerrechtsgruppen fast schon als Störfaktoren empfunden wurden?

Die Lehren von 1968

Patel:

Jetzt sind wir von 1968 aus sowohl weit nach vorne als auch nach hinten gewandert. Lassen Sie uns jetzt chronologisch etwas weiter vorwärts gehen, aber in etwas kleineren Schritten. Bleiben wir also zunächst in der von Ihnen schon skizzierten Phase bis Mitte der 1970er-Jahre. Herr Winkler, Sie haben Prag als Vorbedingung für die Entfaltung der Ostpolitik in dieser Phase bezeichnet. Ich möchte Sie, Frau Hofmann, nach Ihrer Meinung zu diesem Problem fragen. Sehen sie in dieser Zeit Lernprozesse aus den Entwicklungen in Prag? Vielleicht sogar Lehren aus dem Versagen – mit Fritz Stern könnte man wiederum sagen: dem Verrat – des Westens? In diese Phase fallen wichtige Veränderungen in der EG, etwa die Schaffung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit als außenpolitischem Kooperationsmechanismus der beteiligten Mitgliedstaaten. Außerdem ist das die Zeit der ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft – 1973 treten das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark bei. Drittens traten die Staats- und Regierungschefs der EG seit den frühen 1970er-Jahren in regelmäßiger Folge zusammen. Vor dem Hintergrund einer völlig veränderten Welt; einer Welt, die in den frühen 1970er-Jahren aus den Fugen zu geraten schien: Speisten sich diese Entwicklungen aus den Lehren, die man aus Prag zog? Merke man: Wir müssen enger zusammenarbeiten, auch in Westeuropa?

Hofmann:

Prag stellt neben anderen Ereignissen eine Zäsur dar, insofern als es einen deutsch-französischen Konflikt nach der Niederschlagung gibt. De Gaulle lässt Kiesinger nach einer Unterredung im September 1968 vollkommen fassungslos zurück. Kiesinger bemerkte, so ist in den Quellen nachzulesen, das sei die schlimmste Unterredung eines französischen Staatschefs mit einem Kanzler ge-

wesen, die es je gegeben hätte, und man stünde jetzt vor dem Bruch, den man vermeiden müsste. Und dieses deutsch-französische Zerwürfnis hat auch dazu geführt, dass eine Art Vakuum entstand. Frankreich war in dieser Krise – man kann sagen – planlos und das ist der Moment, wo – zumindest wenn man die Akten betrachtet – viele kleinere Staaten, auch in Osteuropa fragen: Wo ist die Stimme Europas in dieser Krise. Auch kann man feststellen, dass hier teilweise eine stärkere Rolle der Bundesrepublik durchaus gewünscht wurde, weil man jetzt sah, dass Frankreich abwesend war. Also das wäre auf jeden Fall *ein* Entwicklungsprozess. Der andere wäre, jetzt weiter vorausschauend, die Dissidentenszene in Osteuropa, die dann mit Helsinki 1975 natürlich richtig Aufschwung erhält. Aber hier ist oft auch die Rede von einer Doppelmoral, die entstand: Nach außen hingen viele Bürger noch dem Status quo an. Aber intern wurde ein Wandel vollzogen, wie am Beispiel Brigitte Reimann zu sehen ist. Die DDR-Schriftstellerin schreibt nach der Niederschlagung des Prager Frühlings in ihr Tagebuch, sie habe nach außen Gehorsam geleistet und nicht protestiert. Aber persönlich hätten die Ereignisse einen Wandel ihrer politischen Haltung bewirkt. Das wären jetzt zwei Linien: das Zusammenwachsen Westeuropas auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Dissidentenszene und eine politische Delegitimierung der kommunistischen Herrschaft.

Patel:

Herr Voigt, wie stellt sich das aus Ihrer Perspektive dar? Um mit Herrn Wolfrum zurückzufragen: Waren wirklich alle bekifft und haben sich nicht für Politik interessiert, sondern nur noch bei Woodstock der Musik zugehört?

Voigt:

Nein, ganz und gar nicht. Es gab unter uns Außenpolitikern einen Streit: Diejenigen, die aus der Juso-Bewegung kamen, traten eher für die Unterstützung der Opposition ein. Wischnewski, Bahr und andere, die in der Regierung waren, waren hier eher skeptisch. Sie reagierten eher etatistisch. Aber das mag weniger mit Unterschieden in der Gesinnung als mit dem Unterschied der Funktionen zusammenhängen.

Für mich war damals klar: Ein Versuch, grundlegende Veränderungen in den Ostblockstaaten unter Umgehung der Sowjetunion zu erreichen, wird scheitern. Ich bin damals, schon bevor ich im Bundestag war, in den Urlaub auf die Krim gefahren. Dort habe ich mich mit jungen Kommunisten getroffen, die eine Führungsverantwortung in den Jugendorganisationen hatten. Ich sagte mir: Man muss darauf drängen, dass auch in der Sowjetunion ein politischer Wandel eintreten kann. Das wird Jahrzehnte dauern, so war meine damalige Einschätzung. Aber eine solche Änderung ist prinzipiell auch in der UdSSR denkbar und möglich. Ich bin dann Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Parlamentariergruppe geworden, weil ich mir sagte, der Weg zu Veränderungen in der DDR und in Budapest führt über Moskau, weil Moskau den Rahmen derartiger Veränderungen definiert. Das bedeutet nicht die Preisgabe des Konzepts der Veränderung, des Wandels, sondern die Bedingungen des Wandels wurden durch Moskau bestimmt.

In Bezug auf die Zukunft möchte ich gleichzeitig hinzufügen: Dies ist einer der großen Unterschiede heute. Der Weg nach Prag und Warschau führt heute eher über Washington als über Moskau.

Es gibt heute viele Leute, die die Entspannungspolitik von damals zitieren und sagen, man müsse doch eigentlich da anknüpfen. Aber: Der Einfluss Moskaus in Bezug auf Osteuropa unterscheidet sich heute grundlegend von der Lage während der Entspannungspolitik.

Rolf, du warst in Schlangenbad¹ dabei, als ein Direktor eines führenden russischen Thinktanks sagte, wir brauchten ein neues Jalta. Diesmal aber nicht *über* euch Deutsche, sondern *mit* euch. Die kleinen Staaten hätten viel zu viel Einfluss. Eine derartige Wiederholung einer Politik des »Konzerts der großen Mächte« ginge an den Realitäten, die heute in Europa bestehen, völlig vorbei. Wir dürfen uns auf diese Art von Beschreibung von Realität und Realpolitik nicht einlassen. Das wäre eine Anpassung an vermeintliche Realitäten, die destruktiv wäre.

1 Im hessischen Schlangenbad fand jährlich seit 1998 ein deutsch-russischer Gesprächskreis zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen statt. Die Schlangenbader Gespräche versammelten etwa 50 hochrangige Teilnehmer aus Politik, Militär, Wissenschaft, Wirtschaft und Journalismus. Seit 2016 finden die Schlangenbader Gespräche im Jagdschloss Kranichstein am Rande von Darmstadt statt.

Zur Realpolitik gehört nicht primär eine Anpassung an bestehende Machtverhältnisse, sondern auch, dass man nüchtern analysiert, wie unter Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse eine Politik möglich ist, die die Realitäten verändert. Das bedeutet dann im Sinne Kants, wie man dem Ziel der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen näher kommen kann und wie man die Bindung des Verhaltens von Staaten an internationale Normen fördern kann.

Spielräume für sozialdemokratische Politik?

Patel:

Damit kommen wir langsam zu der Frage, in welcher Welt wir heute leben. Aber lassen Sie uns das noch einen Moment zurückstellen. Gehen wir zunächst in die späten 1970er-Jahre und die frühen 1980er-Jahre mit Afghanistan und dem Kriege in Polen, als sich die Situation zwischen Ost und West, besonders zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, noch einmal massiv zuspitzte. Was tun in einer Situation, in der sich Moskau auf einmal anders verhielt als man erwartet hatte? Was waren da die Spielräume? Wie hat sich die Politik in dieser Zeit entwickelt? Wie schätzen Sie im Rückblick die damalige Situation ein? Wo stand die SPD? Wir sind hier im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, insofern sollte uns das besonders interessieren.

Mützenich:

Das ist ja schön formuliert mit einem neuen Jalta über die Köpfe der Mittel- und Osteuropäer hinweg. Ich finde es wichtig, dass wir in diesem Zusammenhang weder den Lockrufen aus Moskau noch dem Drängen aus Washington nachgeben dürfen. Ich habe mir eben vorgestellt, was im Hinblick auf die Ukraine passiert wäre, wenn wir dem Drängen der Hardliner und Falken im amerikanischen Kongress nachgegeben und deren Forderungen eins zu eins übernommen hätten. Dann hätten wir mit Waffenlieferungen an die Ukraine den Konflikt weiter angeheizt – mit unabsehbaren Konsequenzen. Natürlich können wir nicht mit dem Erreichten zufrieden sein. Und natürlich wird das Minsker Abkommen verletzt – und zwar von russischer und ukrainischer Seite. Aber ein *frozes conflict* in der Ostukraine ist angesichts der Alternative eines offenen Krieges zwischen



Dr. Rolf Mützenich, MdB, stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte

Moskau und Kiew immer noch das geringere Übel. Ich denke, Karsten, dass wir uns da einig sind. Aber lass mich das auch noch einmal sagen: Ich glaube, dass wir heute auf keinen Fall vergessen dürfen, und so bin ich auch an die internationale Politik herangeführt worden, wofür sozialdemokratische Entspannungs- und Friedenspolitik steht: nämlich für Regeln, für Institutionen, für Verrechtlichung und die Stärkung internationaler Organisationen. Ich halte all das, was nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in der Charta von Paris niedergelegt worden ist, an Prinzipien, an Regeln hinsichtlich einer europäischen Friedensordnung mit dem Gewaltverbot und der Unverletzlichkeit der Grenzen für absolut verteidigungswürdig. Dies muss uns als Richtschnur für die internationale Politik dienen. Als Außenpolitiker erfahre ich seit mehreren Jahren schmerzlich, dass diese Prinzipien weniger akzeptiert werden als ich mir das wünschen würde, und dass ich auch mit meinen Ansprüchen an diese Normen zunehmend erlebe, dass wir sie verbal hochhalten aber trotzdem etwas anderes machen. Und das bezieht sich jetzt nicht nur auf die Verletzung der Grundprinzipien der euro-

päischen Friedensordnung durch Russland, sondern ist eine grundlegende Erfahrung, die ich auch in den arabischen Umbrüchen erlebt habe. Ich muss wirklich sagen, dass diese Begegnungen mit jungen Menschen mich bei meinen Besuchen in Kairo und in Tunis tief beeindruckt haben. Ich bin auch weiterhin der festen Überzeugung, dass diejenigen, die damals demonstriert haben, zu Recht demonstriert haben, auch wenn sie leider nicht ernst genommen wurden und zu wenig verändert haben. Aber die Ziele und Werte, für die sie demonstriert haben, sind unverändert richtig und die Grundvoraussetzung dafür, dass wir in dieser Region endlich Frieden bekommen, nämlich demokratische Teilhabe, wirtschaftliche Reformen und gute Regierungsführung. Davon sind die Staaten der Region – mit Ausnahme Tunesiens – heute weiter entfernt denn je. Und dennoch muss ich auf der Münchener Sicherheitskonferenz mit Leuten und Machthabern sprechen, die massiv dazu beigetragen haben, dass es in Syrien zu diesem Drama kommt. Und dennoch sage ich, es ist notwendig mit diesen Leuten ganz konkret im Gespräch zu bleiben, um zu versuchen, konkrete Fortschritte zu erreichen anstatt im Nachhinein darüber zu klagen, was in Afghanistan passiert ist und was der Westen und Deutschland hätten anders machen können.

Winkler:

Wir diskutieren ja über das Thema »Von Nutzen und Nachteil der Realpolitik«. Ich glaube, man kann auf dem Wege in die Gegenwart den Übergang von den 1970er- und 1980er-Jahren nicht übergehen. Die erste Phase der Ostpolitik illustriert den Nutzen von Realpolitik. Man muss, das war die dialektische Formulierung von Egon Bahr, Realitäten erst einmal erkennen und anerkennen, um sie ändern zu können. Alle Ostverträge stehen für diese Politik, und der krönende Höhepunkt ist in gewisser Weise die Schlussakte von Helsinki, die KSZE-Akte vom Sommer 1975, zu deren Früchten eben auch Bürgerrechtsbewegungen und die Ermütigung von Dissidenten im damaligen Ostblock gehören. Und da nähern wir uns jetzt der zweiten Phase der Ostpolitik, in der mit der Gründung von Solidarność im August 1980, der ersten unabhängigen Gewerkschaft in einem sogenannten sozialistischen Staat, eine neue Seite aufgeschlagen wird. Die SPD wurde hier auf dem falschen Fuß erwischt, denn inzwischen war man so weit zu sagen: Wir haben so viel Erfolg gehabt mit der Ostpolitik, nicht zuletzt im deutsch-deutschen Verhältnis, jetzt müssen wir das Erreichte sichern, wir müs-

sen es ausbauen, und da stört es, wenn der Status quo so infrage gestellt wird, wie man das von Solidarność befürchtete. Wenige Wochen vor der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 gab Egon Bahr, der Vater der Ostpolitik und der intellektuelle Pionier der Ostverträge, ein Interview. Er beantwortete Fragen für einen Gesprächsband, der erst nach der Verkündung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 veröffentlicht wurde. Da wurde er gefragt: Hätte die Sowjetunion ein Recht, notfalls auch mit Gewalt einzugreifen, wenn Polen die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt infrage stellen sollte? Seine Antwort: Aber selbstverständlich! Wörtlich: Aber selbstverständlich. Und die Begründung war, über dem Selbstbestimmungsrecht steht der Friede.

Voigt (Zwischenruf):

Egon Bahr war der Metternich der Linken.

Zu Metternich Folgendes: Ich habe 1985 ein Streitgespräch mit Peter Glotz geführt. Eingeladen hatten die Jusos in Freiburg, und als Glotz in diesem Sinne sehr nah an Egon Bahr argumentierte, sagte ich: Peter, du klingst wie Metternich. Antwort: Was hast du gegen Metternich? Das war keine Außenseiterposition, sondern das war schon Mainstream in der Führung der SPD und sollte Anlass zu selbstkritischen Fragen sein. Ich habe vorhin Timothy Garton Ash zitiert, der sagt mit Blick auf die 1980er-Jahre, da haben sich im Grunde die Realisten als ziemlich irrealer Wesen und die Idealisten als die besseren Realisten erwiesen. Er meinte die Situation, die deutlich wurde, als die Solidarność-Bewegung schließlich 1989 obsiegte in dem Konflikt, der im Grunde die Vorrevolution der friedlichen Revolution von 1989 ist. Die Konzentration auf Gespräche mit der Partei- und Staatsführung des jeweiligen Staats im Lager des Warschauer Pakts, damals völlig unvermeidbar und notwendig, wurde nicht flankiert von Kontakten mit der Opposition, und das hat Folgen gehabt, die bis in die Gegenwart nachwirken. Ich war damals sehr häufig in Polen und habe Gespräche mit einigen der Solidarność-Intellektuellen geführt, darunter Bronislaw Geremek, ein Sozialdemokrat aus dem Bilderbuch, der immer den Traum hatte, es würde sich auch wieder in Polen eine Sozialdemokratische Partei bilden. Aber ein Ergebnis dieses Gefühls, von der westdeutschen Sozialdemokratie nicht ernst genommen, sondern eher marginalisiert zu werden, hat mit dazu geführt, dass sich echte sozialdemo-

kratische Parteien in diesen Staaten nicht entwickelt haben. Das, was sich dann sozialdemokratisch nannte, war meist die transformierte Fortsetzung der früheren kommunistischen Staatspartei, und diese Parteien haben sich letztlich auch nicht durchgesetzt, was zur Dominanz liberaler und konservativer Parteien führte. Übrigens ist Geremek selber dann einer der Wortführer des liberalen Flügels der Solidarnosc-Érben, des Bürgerkomitees, geworden, dessen erster Fraktionsvorsitzender er war, bevor er später polnischer Außenminister wurde. Ich sage nur, das ist ein Zeichen dafür, wie sehr die Orientierung an *stability first* auch Langzeitfolgen haben konnte. Kurzfristig realistisch, langfristig wohl eher nicht.

Jedenfalls bleibt es eine Hypothek im Verhältnis der Sozialdemokratie zu den postkommunistischen Staaten und zu deren demokratischen Kräften, dass dieses Unverständnis der SPD für die produktiven Wirkungen von Bürgerrechtsbewegungen bis heute nicht vergessen ist. Es ist immerhin ein erheblicher Fortschritt gewesen, als Gerhard Schröder bei seiner Rede im Sejm im Jahre 2000 deutliche Worte der Selbstkritik gefunden hat, auch für Irrtümer und Kurzatmigkeiten im sozialdemokratischen Denken der 1980er-Jahre. Das, denke ich, ist eine Station auf dem Weg in unsere Gegenwart, in die Zeit nach 1989, deren krönendes Dokument, die Charta von Paris vom 21. November 1990, ohne die Ostverträge gar nicht möglich gewesen wäre, ohne die sozialdemokratischen Beiträge zum Wandel und zur friedlichen Revolution. Und vielleicht ist es für unsere Diskussion über die Gegenwart sehr wichtig zu überlegen, wie viel uns heute inzwischen von diesem Jahr 1990 trennt. In der Charta von Paris wird die Demokratie als die gemeinsame Staatsform aller 34 Mitgliedstaaten der KSZE, der heutigen OSZE, bezeichnet. Auch die Sowjetunion, vertreten durch Michail Gorbatschow, hat damals unterschrieben, dass Demokratie ein Gut ist, das es zu pflegen und weiterzuentwickeln gilt, dass alle Konflikte friedlich beigelegt werden müssen, dass nationale Souveränität und territoriale Integrität ein Gut sind, das unter allen Umständen zu respektieren ist. Das ist ein Kapitel der Geschichte nach der Epochenwende von 1989/90, das wohl spätestens 2014/15 erst einmal zu Ende gegangen ist mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und mit der aggressiven russischen Politik in der Ukraine. Ganz so umfassend und eindeutig, wie damals viele glaubten, war der Triumph des Westens 1989/1990/1991 offenbar doch nicht.

Sieg des »Westens« über den »Osten«?

Patel:

Diesem Problem sollten wir nachgehen. Nachdem wir bisher die Phase der 1960er-/1970er-Jahre durchgemustert haben, sollten wir uns jetzt fragen: Hat der Westen wirklich den Kalten Krieg gewonnen? Haben sich seine Normen und Werte durchgesetzt? Eine symbolträchtige Begegnung, die diese Fragen an Ihr Thema zurückbindet, Frau Hofmann, fand im März 1990 statt. Damals traf sich Alexander Dubček mit Generaloberst a. D. Iwan Dmitrijewitsch Jerschow, dem ehemalige Oberbefehlshaber jener Truppen des Warschauer Paktes, die 1968 in Prag einmarschiert waren. Jerschow wollte sich persönlich für seine damalige Rolle entschuldigen. Mit Bezug auf den Prager Frühling dürfte es kaum einen anderen Moment geben, der den Sieg über die Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges besser zu verkörpern scheint. Aber vermittelt dieses Treffen einen angemessenen Eindruck der Gesamtlage? Und wie stellt sich das aus heutiger Perspektive dar?

Hofmann:

Wir haben es ja schon gehört, das Ende der Geschichte oder eine unumkehrbare Entwicklung zur Demokratie ist, wie anfangs erhofft, auf jeden Fall nicht eingetreten. Und weil Sie das Beispiel erwähnen, es gibt natürlich vielfältige Korrespondenzen zwischen 1968 und 1989. So war nicht zuletzt Michail Gorbatschow ein Fan des Prager Frühlings und hat auch etwas versucht, was ganz ähnlich war, nämlich Demokratie, Sozialismus und Kommunismus zu versöhnen mit den entsprechenden Folgen. Es kam also 1989/90 zu einem zweiten Scheitern der reformsozialistischen Illusion und natürlich sah das dann zunächst wie eine Siegesgeschichte des Westens aus. Aber es ist auch eine Lehre, dass man Macht – und dies ist die Verbindung zur Realpolitik – nicht allein auf militärischer Basis aufbauen kann, was durch Militärinterventionen versucht wurde, sondern dass die Legitimation durch die Bevölkerung entscheidend ist. Ich würde sagen, auch wenn wir auf die heutige Situation in Polen, Ungarn usw. eingehen, dass es ein ideologisches Vakuum gibt in Osteuropa, aber dass vielleicht auch im Westen eine Sinnstiftung, ein Stabilitätsfaktor weggefallen ist. Deswegen würde ich nicht sagen,

der Kalte Krieg hat jetzt nur Verlierer hinterlassen. Aber der strahlende Sieger ist der Westen nicht, was man aber kurz nach diesen revolutionären Umbrüchen noch geglaubt hatte.

Ein neuer Kalter Krieg?

Patel:

Herr Mützenich, in den Verhandlungen, an denen Sie selbst beteiligt sind: Fühlt sich das manchmal fast wie ein neuer Kalter Krieg an? Oder sind die Unterschiede zu groß, sodass diese heute oft bemühten Analogien zum Kalten Krieg Ihres Erachtens abwegig sind?

Mützenich:

Ich muss Ihnen wirklich sagen, mich nervt es mittlerweile, weil die Rede von Medwedew total verkürzt wieder gegeben wurde.¹ Es war der Beginn dieser Rede und im Grunde genommen hat Medwedew doch versucht, Brücken zu bauen und hat an Versäumnisse erinnert. Und ich meine, dass auch der sogenannte Westen und auch wir in der deutschen Politik Versäumnisse zu verzeichnen haben. Als Medwedew Präsident war und versucht hat, neue Institutionen und neue Ideen zumindest in die Diskussion einzuführen, ist darauf keiner eingegangen, weil direkt gesagt worden ist, das ist das Trojanische Pferd, um die NATO zu zerstören; Reflexe, die es aus dem Kalten Krieg mit Sicherheit gibt, die zu übertragen sind und die immer wieder bemüht werden. Aber ich versuche immer wieder, in Gesprächen deutlich zu machen: Es ist heute eine vollkommen andere Situation als die während des Kalten Kriegs. Deswegen bieten sich auch nicht immer direkt die Lösungen oder zumindest die Wege und Instrumente an, die damals erdacht und dann auch genutzt worden sind. Diese sind schlichtweg auf die heutige Zeit nicht eins zu eins übertragbar.

Und ich denke, es wäre gut, wenn wir dies auch zur Kenntnis nehmen würden, nicht nur in den Überschriften und Schlagworten, sondern auch in der Wirk-

1 Gemeint ist die Rede Dmitri Medwedews auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2016, in der der russische Premierminister davor warnte, die Welt befinde sich in der Epoche »eines neuen Kalten Kriegs«.

lichkeit. Ich fand es zum Beispiel ein wichtiges Signal, dass Medwedew in München auf der Sicherheitskonferenz dabei gewesen ist. Das ist aus meiner Sicht viel zu wenig gewürdigt worden, ohne dass ich sage, damit erkenne ich die russische Politik zum Beispiel in Syrien oder an anderer Stelle an. Aber ich muss es doch zumindest als Angebot begreifen und selbst wenn es nicht so gemeint sein sollte, versuchen, es in eine konstruktive Richtung zu bewegen. Und dann ist das vielleicht auch wieder Realpolitik, zumindest in meinem Sinn.

Die Ordnung der Staatenwelt heute

Patel:

Herr Voigt, da Sie selbst dabei waren, die Frage: Der unipolare Moment nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in dem die USA die internationale Politik zu dominieren schienen, ist seinerseits längst Geschichte. Wo stehen wir heute? Wo kann das ordnende Moment herkommen, wenn sich die Regelwerke, die internationalen Vereinbarungen und Organisationen, die auf dem Papier weiterhin gelten, in der Praxis als so brüchig erweisen?

Voigt:

Zunächst die leichte Korrektur eines Missverständnisses: Ich wollte nicht sagen, dass wir nach Washington gehen sollen, wenn wir mit Prag Politik machen wollen, sondern ich wollte nur sagen, dass heute, wenn man mit Prag und Warschau Politik machen will, diese Staaten sich in ihrer Außenpolitik eher an Washington orientieren als an Moskau.

Zum zweiten Punkt: Ich würde den Unterschied zu früher sogar noch zuspitzen. Wir haben alle richtig gesagt, dass die Sowjetunion zwar nicht direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, wohl aber in den 1970er-Jahren eine Status-quo-Macht war. Sie hatte eine revolutionäre Ideologie, war aber in Europa eine Macht, die den damaligen Status quo der Grenzen und ihres Einflussgebietes erhalten wollte. Russland hat heute keine revolutionäre Ideologie, sondern soweit es dort eine Ideologie gibt, ist sie rückwärtsgewandt und sehr auf russische Mythen bezogen. Aber andererseits ist Russland heute keine Status-quo-Macht mehr. Russland



Karsten D. Voigt, 1983 bis 1998 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

will seinen Einfluss vergrößern. Es ist mit seinem jetzigen Status unzufrieden und bereit, Grenzen ohne Einvernehmen zu verändern. Russland ist heute damit in mancherlei Hinsicht eine revisionistische Macht. Sie ist bereit, ihr Ziel einer Veränderung ihrer Rolle auch mit dem Einsatz militärischer Macht und nicht nur mit der Androhung militärischer Macht zu erzwingen. So handelt sie in Syrien. Auch in Georgien hat Russland die Grenzen unter Anwendung von Gewalt verschoben. Ähnlich beurteile ich ihr Verhalten in Bezug auf die Krim und die Ukraine.

Die Anwendung militärischer Macht ist etwas Neues im Verhalten Russlands. Deshalb müssen wir gegenüber Russland klar sagen: Soweit ihr die Normen der 1990 unterzeichneten Charta von Paris akzeptiert, handeln wir normativ auf einer Wellenlänge. Russland hat die damalige Unterschrift der Sowjetunion formal nicht zurückgezogen. Aber es handelt faktisch gegen diese Normen. Wenn Russland gegen die Norm der Charta von Paris handelt, dann gibt es ein Schutzbedürfnis von Staaten. Zu diesen schutzbedürftigen Staaten gehören alle Staaten

vom Baltikum bis nach Bulgarien. Zu den schutzbedürftigen Staaten gehört auch die Ukraine. Aber aus verständlichen Gründen ist die NATO nicht bereit, die mit einem Schutz der Ukraine verbundenen militärischen Risiken einzugehen. Dort, wo Russland die Normen der Charta von Paris akzeptiert, oder dort, wo wir Russland – wie bei Minsk¹ – realpolitisch brauchen, werden wir mit Russland, soweit es geht, kooperieren. Aber es ist nicht mehr wie nach 1990: ein Nebeneinander von Kooperation und Integration, sondern es ist spätestens seit 2014 ein Nebeneinander von Kooperation soweit es geht, und der Abwehr und dem Schutz vor Gefahren, die vorher so nicht existierten. Dies ist eine sehr bedauerliche negative Veränderung in unserem Verhältnis zu Russland, deren Konsequenzen viele bei uns noch nicht begriffen haben.

Es ist leider eine neue Lage eingetreten, die uns hoffentlich nicht Jahrzehnte, aber doch einige Jahre beschäftigen wird. Deutschland ist in Europa zu einem Stabilitätsanker geworden: durch die Bindung seiner Außenpolitik an die Normen der Charta von Paris, wie durch die machtpolitisch relevante Vergrößerung seines Einflusses. Die Gleichheit der Staaten im rechtlichen Sinn in Europa hebt nicht die Ungleichheit der Machtverhältnisse auf. Die Bindung an gemeinsame Normen kann allerdings die Wirkung der ungleichen Machtverteilung abmildern.

Wenn wir uns auf ein Konzert der Mächte einlassen würden, dann wäre Deutschland bald wieder von feindseligen oder misstrauischen Ländern umgeben. Eine Wiederbelebung des Konzepts von einem »Konzert der Mächte« widerspricht unseren Interessen. Wir dürfen uns auf Vorschläge zu einer Rückkehr zu einer Politik der europäischen Mächte, wenn Russland sie uns anbietet, nicht einlassen. Russland ist für uns das wichtigste Land östlich von der EU und der NATO. Es ist aber nicht mehr – wie während des Kalten Krieges – das wichtigste Land östlich von uns, weil die Gesamtheit der Beziehungen zu den Staaten westlich von Russland und östlich von Deutschland sowohl ökonomisch wie politisch mindestens genauso wichtig, wenn nicht noch wichtiger sind als die Beziehungen zu Russland.

1 In Minsk wurde am 12. Februar 2015 das »Minsker Abkommen«, der »Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen«, von dem französischen Präsidenten François Hollande, Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko sowie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin unterzeichnet.

Patel:

Ich fasse zusammen: Wir befinden uns nicht in einem neuen Kalten Krieg. Wir sind aber auch nicht mehr in der optimistischen und hoffnungsfrohen Situation der frühen 1990er-Jahre. Gewisse Denkmuster und Wirkkräfte des Kalten Krieges sind in der Gegenwart immer noch wirksam.

Winkler:

Wir sind nicht in einem neuen Kalten Krieg, auch deswegen nicht, weil der Kalte Krieg immer auch eine ideologisch-intellektuelle Auseinandersetzung war. Ich kann nicht erkennen, dass es im Russland Putins eine intellektuelle Herausforderung gibt, die mit dem Marxismus-Leninismus vergleichbar wäre, der immerhin auch die Intellektuellen auf westlicher Seite herausforderte, wenn man sich denn auf eine Auseinandersetzung einließ, die dann allerdings meistens auch ziemlich erfolgreich war. Aber eine intellektuelle Herausforderung der westlichen Demokratien ergibt sich nicht dadurch, dass man Homophobie, Antifeminismus, Antiliberalismus addiert, verbunden mit einer merkwürdigen Spielart von orthodoxem Klerikalismus. Das ist keine intellektuelle Herausforderung vergleichbar der Auseinandersetzung mit selbst einer doktrinären Interpretation von Karl Marx und Lenin. Übrigens gilt das auch mit Blick auf die Volksrepublik China. Ich sehe da nicht, dass eine intellektuelle Herausforderung des westlichen Modells uns im Augenblick beschäftigen müsste. Es handelt sich um eine machtpolitische, aber nicht um eine ideologisch-intellektuelle Herausforderung.

Das, was sich durch die Ereignisse von 2014 und 2015 geändert hat, ist fundamental. Man könnte es auch in die Worte fassen: Die Charta von Paris war ein Erfolg insofern, als sie die Überwindung der Ordnung von Jalta brachte. Sie war ein Misserfolg, insofern der Westen glaubte, es könne sich in absehbarer Zeit so etwas wie eine trikontinentale Friedenszone der Demokratien von Vancouver bis Wladiwostok herausbilden. Diese Illusion gehört der Vergangenheit an. Das ist in der Tat spätestens durch die Ereignisse der Ukraine Vergangenheit. Wir stehen heute vor der Frage, wie man über Abgründe hinweg sich noch Stabilisierungspartnerschaften vorstellen kann, die aber nur möglich sind, wenn beide

Seiten sie wollen und wirklich Stabilisierung statt Destabilisierung zu ihrem Programm machen. Das gilt sowohl für die Ukraine wie für Syrien.

Sehr wichtig scheint mir der Hinweis darauf zu sein, dass unsere primäre Loyalität seit dem Ende des Kalten Kriegs, seit der Charta von Paris, seit der Aufnahme der ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Staaten in die Europäische Union und das Atlantische Bündnis, unseren Partnern in Ostmittel- und Südosteuropa gelten muss. Jeder Versuch einer deutsch-russischen Sonderbeziehung muss in der Tat zutiefst irritierend und verschreckend auf unsere unmittelbaren Nachbarn wirken und ist im Grunde ein Anschlag auf den Zusammenhalt der Europäischen Union und des Atlantischen Bündnisses. Es hat diese Töne vor allem gegeben vonseiten der AfD, wenn ich erinnern darf an eine Rede, die Alexander Gauland im März 2014 auf einem Parteitag der AfD in Erfurt gehalten hat. Das war die Beschwörung der Bismarck'schen Zusammenarbeit über die Köpfe der Polen und der Balten hinweg. Leider haben auch Elder Statesmen der Sozialdemokratie einen Text unterschrieben, der sich auf den Wiener Kongress als Modell berufen hat. Wenn man deutsch-russische Sonderbeziehungen beschwört, darf man sich nicht wundern, wenn in Polen an die polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts, an die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee in der Weimarer Republik und an den Hitler-Stalin-Pakt erinnert wird. Letzterer ist auch im Baltikum noch höchst präsent, ebenso wie seine Folgen. Wer sich in den alten Bahnen deutsch-russischer Sonderbeziehungen bewegt, ist objektiv ein Reaktionär, der nichts verstanden hat von der revolutionären Änderung von 1989/90.

Mützenich:

Ich teile das alles. Ich würde gerne noch einmal versuchen, es ein bisschen mit unseren Herausforderungen zu illustrieren. Für mich ist in bleibender Erinnerung, als der deutsche Außenminister von einem Treffen mit seinen Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Europäischen Union zurückgekehrt war und er uns voller Entsetzen geschildert hat, dass er bei dem informellen Abendessen von einem Kollegen mit »Herr Ribbentrop« angesprochen wurde. Da wird das deutlich, was Professor Winkler schon beschrieben hat.

Weil Karsten Voigt das angesprochen hat, will ich noch sagen: Minsk ist nicht nur an die Adresse Moskaus gerichtet ist, sondern insbesondere an die Adresse Kiews, aber auch an diejenigen, die in Minsk mitverhandelt haben. Und zu den wichtigsten Bestandteilen, die auch deswegen eingebracht worden sind, weil wir meinen, das dient der inneren Befriedung in der Ukraine selbst, gehört die Frage des Wahlgesetzes, die Frage der Autonomie und auch ein anderes Verhalten im Inneren. Das sind zumindest für mich wichtige Prinzipien gewesen, von denen ich geglaubt habe, dass sie zu einer gewissen Beruhigung beigetragen haben, zumal wir damals nicht ausschließen konnten, dass möglicherweise ukrainische und russische Streitkräfte in diesem Konflikt direkt aufeinandertreffen, der dann zu einem offenen Krieg eskaliert. Und wenn diese Prinzipien dort festgelegt worden sind, muss ich sie zumindest auch mitbedenken und muss auch versuchen, sie so gut wie möglich zu verwirklichen. Aber ein anderer Punkt, den ich noch einbringen wollte, ist, insbesondere weil wir das verinnerlicht haben, dass es keine deutsch-russischen Sonderbeziehungen geben darf. Das heißt ja nicht, dass wir nicht versuchen müssen, gemeinsam auch mit Russland ins Gespräch zu kommen. Da sind wir uns doch alle einig. Aber jetzt lass mich sagen, Karsten Voigt, was durchaus auch ein Problem ist: Wir finden für diese Politik nur wenige Partner in Osteuropa, die uns dabei begleiten.

Zwischenbemerkung: Und wir brauchen in stärkerem Maße wahrscheinlich auch die Mitwirkung der Vereinigten Staaten, was sich jetzt auch im Falle Syriens zeigt.

In der Tat. Um auf die Frage zurück zu kommen: Militarisieren wir von unserer Seite aus noch stärker diesen Konflikt? Es waren eigentlich nur Präsident Obama und ganz wenige Berater, die laut darüber nachgedacht haben, Waffen in die Ukraine zu liefern und vielleicht sogar mehr. Es ist ein Glücksfall gewesen und auch ein Erfolg der europäischen Bemühungen unter Führung von Frank-Walter Steinmeier, dass es dazu nicht gekommen ist.

Patel:

Wir haben ein breites Panorama von Fragen abgewandert und – wie ich glaube – uns und Ihnen die Komplexität des Lernens aus der Geschichte vor Augen geführt. Wir haben gesehen, wie schwierig – und wie produktiv! – es ist, die Kon-

texte zeithistorischer Geschehnisse scharfzustellen, Handlungsalternativen auszuloten und Fragen nach historischen Kontinuitäten, Lernprozessen und Vergangenheitsbezügen zu stellen.

Migrationsbewegungen

Hofmann:

Natürlich sind auch die weiteren gesellschaftlichen Folgen des Prager Frühlings sehr spannend. Es gab in den Akten etwa Eventualitätsplanungen für die Aufnahme von tschechoslowakischen Migranten in Deutschland und Österreich nach der Militärintervention. Also es wurde gesagt, dass alle Menschen, die auf der Flucht vor den Interventionsstaaten waren, aufgenommen werden, sollte sich die Krisensituation ausweiten. Einige von Ihnen haben zum intellektuellen Leben Westeuropas – beispielsweise in Frankreich – wesentlich beigetragen. Das ist ein wichtiger Aspekt, der hier bislang zu kurz kam: Die Migrationsbewegung



Preisträgerin Dr. Birgit Hofmann

von Ost nach West, die es im Anschluss an die Krisen im Ostblock gab, brachte auch eine Art Europäisierung mit sich.

Voigt:

Es gab bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und beim Verlagswesen eine ganze Reihe von Leuten, die dort beruflich untergekommen sind. Jiri Pelikan hat als Vertreter Italiens im Europäischen Parlament Fuß gefasst. Aber was ich für noch viel wichtiger halte und was in die Zukunft weist: Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass es Bürgermeister im kurdischen Gebiet gibt, die Deutsch sprechen? Dass es einen griechischen Ministerpräsidenten gab, Simitis, der Deutsch sprach? Wenn man sich die Entwicklungen in Deutschland heute anguckt, dann sage ich Ihnen voraus: In 10, 20 Jahren werden aufgrund der ökonomisch und politisch bedingten Wanderungs- und Fluchtbewegungen aus Nordafrika und dem Nahen Osten Personen, die hier in Deutschland gelebt und gearbeitet haben, die intellektuelle Diskussion in ihren Heimatländern beeinflussen. Dies wird gleichzeitig dazu führen, dass die Diskussionen, die sich in diesen Ländern abspielen, in unser Land hineingetragen werden. Diese Wechselwirkung kennen wir bisher nur von den USA, von London und Paris. Wir werden sie in Zukunft auch in Deutschland – besonders in Berlin – erleben. Unser Land wird sich dadurch verändern. Es werden sich in einer ganz neuen Weise innen- und außenpolitische Probleme vermischen.

Winkler:

Es gab sehr viele tschechoslowakische Intellektuelle, die wohl gerne emigriert wären, aber nicht emigrieren konnten, und sehr viele dieser Intellektuellen wurden aus ihren Positionen in den Medien entfernt und mussten als Heizer, als Taxifahrer, in allen möglichen Positionen arbeiten, da sie eben ihren Beruf nicht ausüben konnten. Auf dem Internationalen Historikertag in San Francisco 1975 haben wir das unmittelbar nach der KSZE-Konferenz in Helsinki in einer Grundsatzzdebatte mit Sowjethistorikern als westdeutsche Historiker zur Sprache gebracht, und ich habe damals im Zusammenspiel mit dem zu Beginn der Veranstaltung zitierten Fritz Stern Unterschriften für die verfolgten tschechoslowakischen Historiker gesammelt. Das Bemerkenswerte war, dass wir dafür sehr viel

Zustimmung aus den Delegationen aus Ostmitteleuropa, vor allem von der ungarischen Delegation, bekamen, und fast noch spannender ist die Rolle von Westkommunisten, die sich aktiv an dieser Unterschriftenaktion beteiligt haben. Darunter war Eric Hobsbawm, Mitglied der KP Großbritanniens, und Georges Soboul von der französischen KP. Auf die Frage, warum sie das täten, kam die Antwort: Mit dieser Sowjetunion wollen wir nichts zu tun haben. Also der Eurokommunismus hat durch den Prager Frühling Impulse bekommen. Die Spaltung des Weltkommunismus ist dadurch gefördert worden. Das gehört auch zu den Langzeitfolgen einer kurzfristig so vermeintlich realistischen Politik wie der, die Breschnew damals in puncto Tschechoslowakei betrieben hat.

Patel:

Das ist ein gutes Schlusswort für diese Debatte. Wir haben weit über eine Stunde diskutiert und ein großes Feld abgearbeitet. Es gab viele dunkle Momente, die aufgerufen wurden: verpasste Chancen, Frustrationen und eine weltpolitische Gegenwart, die sich in allerjüngster Zeit noch weiter eindüstert und viele Herausforderungen für die politischen Akteure und uns alle aufwirft. Ich denke, dass sich der Blick zurück in die Geschichte als hilfreich und ergiebig erwiesen hat. Er erinnert uns daran, in welcher komplizierten Handlungssituationen sich diejenigen bewegen, die in Verantwortung stehen. Er verdeutlicht uns, dass einfache, populistische Antworten bei komplexen Herausforderungen nicht weiterhelfen. All das mag eher nachdenklich stimmen. Zugleich ist heute aber auch ein Tag, an dem wir feiern, nämlich eine herausragende Dissertation und die Vergabe eines renommierten Preises an diese Studie. Mir bleibt nichts anderes, als Ihnen auf dem Podium nochmals für Ihre Beiträge zu danken und Ihnen im Publikum für Ihre Aufmerksamkeit.

Kurzbiografien der Diskussionsteilnehmer_innen

Birgit Hofmann



studierte Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft in Heidelberg und Freiburg im Breisgau; 2002-2004 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Freiburg; 2004-2005 Stipendiatin des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds; 2006-2009 Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung und bis 2008 zugleich Mitglied im Graduiertenkolleg »Diktaturüberwindung in Europa« an der Universität Heidelberg; 2014 Promotion zum Dr. phil. mit ihrer Arbeit »Der ›Prager Frühling‹ und der Westen. Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen Krise um die Tschechoslowakei 1968«,

für die sie 2016 den Hans-Rosenberg-Gedächtnispreis der Heinrich-August-und-Dörte-Winkler-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung erhielt; seit 2015 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und Koordinatorin des Arbeitsbereichs »Minderheitengeschichte und Bürgerrechte in Europa«, der 2016 mit dem Dr. Bertold Moos-Wissenschaftspreis ausgezeichnet wurde. Aktuelles Forschungsprojekt »Medialität der Menschenrechte« (gefördert im Rahmen des »Frontier«-Projekts der Exzellenzinitiative der Universität Heidelberg).

Rolf Mützenich

studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Wirtschaftswissenschaft und wurde 1991 an der Universität Bremen promoviert; 1993-1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen; 1989-1993 Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission des SPD-Bundesvorstandes; 1998 Leiter des Re-



ferates »Grundsatzfragen der Landessozialpolitik« im nordrhein-westfälischen Sozialministerium; 2001–2002 Leiter des Büros des Präsidenten des nordrhein-westfälischen Landtages; seit 2002 Mitglied des deutschen Bundestages; 2009–2013 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; seit 2013 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zuständig für die Bereiche Außen-, Verteidigungs- und Menschenrechtspolitik; neben zahlreichen weiteren Mitgliedschaften Vorsitzender des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung.

Kiran Klaus Patel



wurde 2001 an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert; 2002–2007 Juniorprofessor für Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; 2006–2007 John F. Kennedy Fellow am Center for European Studies an der Harvard University, 2007–2011 Professor für Europäische Geschichte und Transatlantische Beziehungen am Department of History und am Robert Schuman Centre for Advanced Studies des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz; seit 2011 Professor für die Europäische und Glo-

bale Geschichte an der Universität Maastricht und zugleich Head of the Department of History; seit 2014 Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Geschichte an der Universität Maastricht; 2013–2016 Senior Permanent Fellow der Kollegforschergruppe »The Transformative Power of Europe« der FU Berlin; 2014–2015 Gerda-Henkel-Gastprofessur an der London School of Economics and Political Science und am Deutschen Historischen Institut London; neben zahlreichen weiteren Mitgliedschaften Mitglied der Unabhängigen Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus sowie des Internationalen Beirats der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Zahlreiche wichtige Veröffentlichungen zur Geschichte der Europäischen Integration und Kooperation sowie zur deutschen und transnationalen Zeitgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Karsten D. Voigt



studierte von 1960–1969 Geschichte, Germanistik und Skandinavistik an den Universitäten Hamburg, Kopenhagen und Frankfurt; 1969–1972 Bundesvorsitzender und von 1972–73 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos; 1976–1998 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1976 Wahl zum stellvertretenden außenpolitischen Obmann und 1983–1998 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; 1977–1998 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO; 1989–1993 Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit der Parlamentarischen Versammlung der NATO; 1992–1994 Vizepräsident und 1994–1996 Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO; neben zahlreichen weiteren Mitgliedschaften Senior Associate Fellow und Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Beirats der Atlantischen Initiative, Mitglied des Kuratoriums des Aspen Institutes in Berlin sowie seit 1973 Mitglied der Kommission Internationale Politik und der Arbeitsgruppe »Türkei« beim Parteivorstand der SPD; 1999–2010 Koordinator der Bundesregierung für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.

Heinrich August Winkler

habilitierte sich 1970 in den Fächern Neue Geschichte und Wissenschaftliche Politik; 1970–1972 Professor an der Freien Universität Berlin, 1972–1991 Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, 1991–2007 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; neben zahlreichen weiteren Mitgliedschaften von 1990 bis 2000 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, seit 2007 des Internationalen Beirats der Bundeskanzler-Willy-



Brandt-Stiftung, seit 2008 Korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; zu seinen Auszeichnungen gehören das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse (2005) und 2001 »Das Politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung für das zweibändige Werk »Der lange Weg nach Westen« (München 2000). 2009 erschien der erste, 2011 der zweite, 2014 der dritte und 2015 der vierte Band seiner »Geschichte des Westens«. Zahlreiche wichtige Veröffentlichungen zur Geschichte der Weimarer Republik und der Arbeiterbewegung.

Bisherige Preisträger_innen

2004

Stephan Malinowski

Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat. Akademie-Verlag, Berlin 2003; Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main 2004.

2006

Christian Nottmeier

Adolf von Harnack und die deutsche Politik 1890–1930. Eine biografische Studie zum Verhältnis von Protestantismus, Wissenschaft und Politik, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 2004.

2008

Norbert Götz

Ungleiche Geschwister. Die Konstruktion von nationalsozialistischer Volksgemeinschaft und schwedischem Volksheim, Nomos Verlag, Baden-Baden 2001.

2010

Sebastian Ullrich

Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Wallstein Verlag, Göttingen 2009.

2013

Christiane Reinecke

Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930, Oldenbourg Verlag, München 2010.

Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

Zuletzt sind erschienen:

Erdverbunden und einfallsreich. Lebenserinnerungen des Sozialdemokraten Hans ›Lumpi‹ Lemp. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2017. – [i. E.]

(Gesprächskreis Geschichte; 106)

ISBN 978-3-95861-499-4

Barbara Schuchard (Hrsg.)

»Liebster Iziu«. Erlebte Judenverfolgung in den Briefen einer Mutter an ihren Sohn (Galizien – Wien – Düsseldorf – Minsk – 1938 bis 1941). Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2017. – [i. E.].

(Gesprächskreis Geschichte; 105)

ISBN 978-3-95861-577-9

Helga Grebing/Walter Scheiffel/Klaus Wettig

Festakt zum 150. Geburtstag von Heinrich Peus. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2014. – 44 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 104)

ISBN 978-3-86498-722-9

»150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität«. Eröffnungsreden. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 52 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 103)

ISBN 978-3-86498-722-9

Heike Christina Mätzing

Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 33 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 102)

ISBN 978-3-86498-538-6

Karl Christian Führer

Carl Legien. Drei Gründe, warum der Gewerkschaftsführer es verdient hat, erinnert zu werden. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – (i. E.)

(Gesprächskreis Geschichte; 101)

ISBN 978-3-86498-513-3

Heinrich August Winkler

Die Ehre der deutschen Republik. Zum 80. Jahrestag der Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 28 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 100)

ISBN 978-3-86498-502-7

Volker Weiß

Moses Hess (1812–1875). Leben, Werk und Erbe eines rheinischen Revolutionärs. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 99)

ISBN 978-3-86498-423-5

Klaus Schönhoven

Freiheit durch Demokratischen Sozialismus. Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 98)

ISBN 978-3-86498-408-2

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 128 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 97)

ISBN 978-3-86498-410-5

Mike Schmeitzner

Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 50 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 96)

ISBN 978-3-86498-153-1

Marc Buggeln

Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 170 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 95)

ISBN 978-3-86498-090-9

Helga Kutz-Bauer/Max Raloff

Aufstieg durch Bildung. Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 80 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 94)

ISBN 978-3-86498-054-1

Tim Völkerling

»Flucht und Vertreibung« ausstellen – aber wie? Konzepte für die Dauerausstellung der »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« in der Diskussion. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 73 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 93)

ISBN 978-3-86872-970-2

Meik Woyke (Hrsg.)

50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 56 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 92)

ISBN 978-3-86872-819-4

Benjamin Ziemann

Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933.
Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 74 S.
(Gesprächskreis Geschichte; 91)
ISBN 978-3-86872-690-9

Michael Ruck/Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft. Sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 92 S.
(Gesprächskreis Geschichte; 90)
ISBN 978-3-86872-644-2

Max Bloch

Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959.
Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 36 S.
(Gesprächskreis Geschichte; 89)
ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 32 S.
(Gesprächskreis Geschichte; 88)
ISBN 978-3-86872-412-7